

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Finanzen	Datum 08. Dezember 2006
	Schriftführer Telefon-Nr. Frank Bodengesser 02202/14 2608
Niederschrift	
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	Sitzung am Donnerstag, dem 7. Dezember 2006
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:55 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**

- 2. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin und seines/seiner/ihrer/ihrer Stellvertreters/Stellvertreterin
630/2006**

- 3. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil**

- 4. Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 18.10.2006 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil)
614/2006**

- 5. Mitteilungen des Vorsitzenden**

- 6. Mitteilung des Bürgermeisters**

6. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
hier: Änderung der Produktgruppenstruktur des NKF-Haushalts
574/2006
7. **Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über ergänzende Vergünstigungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe der Hilfebedürftigen nach dem Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz (bisher Richtlinien über den Löwenpass)**
598/2006
8. **Integrierte Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung (Primarbereich)**
631/2006
8. **Integrierter Kindertagesstätten und Schulentwicklungsplan**
hier: vorgezogene Entscheidung zum Ausbau der Offenen Ganztagschulen in Bergisch Gladbach
640/2006
9. **Kürzung der Betriebskostenförderung für die Kindertagesstätte "Bollerwagen" in Refrath**
545/2006
10. **Änderung der Richtlinien für die Benutzung von Räumlichkeiten in den Schulgebäuden sowie für die Inanspruchnahme der städtischen Sportstätten (Benutzungsrichtlinien)**
563/2006
11. **Neues Konzept Bücherei Bensberg**
580/2006
12. **Generalsanierung des Hauptgebäudes des Schul- und Sportzentrums Saaler Mühle**
592/2006
13. **Dietrich-Bonhoeffer Gymnasium**
Sanierung der alten Turnhalle
593/2006
14. **Vergnügungssteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach**
622/2006
15. **Anpassung der Betriebssatzung der Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" an die neue Eigenbetriebsverordnung,**
Bildung von Stammkapital
560/2006
16. **Wirtschaftsplan 2007 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung**
599/2006

17. **Prioritätenliste 2007**
625/2006
18. **Strategische Zielsteuerung**
623/2006
19. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2006**
616/2006
19. **Über- und ausserplanmäßige Ausgaben 2006**
639/2006
20. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil**
2. **Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 18.10.2006 gefassten Beschlüsse (Nichtöffentlicher Teil)**
615/2006
3. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
4. **Mitteilung des Bürgermeisters**
5. **Verkauf des ehemaligen Zollamtsgrundstückes/Stadtmitte an der "Unteren Fußgängerzone" (Hauptstraße)**
hier: erneute Beratung
619/2006
6. **Verkauf der 8 Baugrundstücke in Bergisch Gladbach-Frankenforst, "Fasanenstraße/Elsterstraße/Tulpenstraße"**
620/2006
7. **Auflistung aller nach Zuständigkeitsordnung v. 09.07.1992 vorzulegenden Grundstücksgeschäfte**
573/2006
8. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der Ausschussvorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr die 11. Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses in der 7. Wahlperiode und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung, sowie die Beschlussfähigkeit fest.

<-@

2 Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin und seines/seiner/ihrer/ihrer Stellvertreters/Stellvertreterin

@-> Herr Freese begrüßt Herrn Frank Bodengesser aus dem Fachbereich Finanzen und stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung. Der Ausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> Zum Schriftführer wird Herr Frank Bodengesser bestellt.

Im Falle seiner Verhinderung nimmt Herr Rolf Büchel die Aufgaben des Schriftführers wahr.

<-@

3 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

@-> Herr Dr. Fischer merkt zu Punkt A8 auf Seite 7 der Niederschrift vom 18.10.2006 an, dass ihm von Herrn Muth seine Frage nach der Größenordnung der Kosten für die Schülerbeförderung bis zur nächsten Ratssitzung zugesagt wurde. Er möchte an die Erledigung erinnern.

Der Ausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss:**

Die Niederschriften vom 24.08.2006 und vom 18.10.2006 werden in der vorliegenden Form genehmigt.

<-@

4 Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 18.10.2006 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil)

@-> Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

5 Mitteilungen des Vorsitzenden

@-> Mitteilungen des Vorsitzenden liegen nicht vor.

<-@

6 Mitteilung des Bürgermeisters

@-> Der Bürgermeister verweist auf die Vorlage zur Änderung der Produktgruppenstruktur des NKF-Haushalts.

<-@

**6 Mitteilungen des Bürgermeisters
hier: Änderung der Produktgruppenstruktur des NKF-Haushalts**

@-> Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

7 Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über ergänzende Vergünstigungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe der Hilfebedürftigen nach dem Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz (bisher Richtlinien über den Löwenpass)

@-> Herr Rickes von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen wird, da sie zum einen mit der Schwerpunktsetzung nicht glücklich ist und zum anderen das Vergabeverfahren weder für verwaltungseffizient noch für die Zielgruppe als sinnvoll erachtet. Herr Dr. Bernhauser stellt noch einmal klar, dass es in dieser Vorlage vorrangig um die Bildungsförderung behinderter Kinder geht und diese Absichtserklärung auch im Sozialausschuss in seiner Sitzung am 29.11.2006 auf breite Zustimmung gestoßen ist. Herr Dr. Kassner ergänzt zu den Richtlinien unter Punkt 3.1 c) „Abweichend von a) und b) kann in besonderen Härtefällen für Bedarfsgemeinschaften mit schulpflichtigen Kindern für schulbezogene Aufwendungen **inklusive Schulbeförderungsaufwendungen** bis zu 100 € gewährt werden.“ Daraufhin fasst der Ausschuss unter Berücksichtigung der Ergänzung von Herrn Dr. Kassner mit 2 Gegenstimmen aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> Der Rat beschließt die Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über ergänzende Vergünstigungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe der Hilfebedürftigen nach dem Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz.

<-@

8 Integrierte Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung (Primarbereich)

@-> Herr Freese verweist auf die Tischvorlage zum vorliegenden Tagesordnungspunkt.

<-@

@->

<-@

8

Integrierter Kindertagesstätten und Schulentwicklungsplan
hier: vorgezogene Entscheidung zum Ausbau der Offenen Ganztagschulen in Bergisch Gladbach

@->

Herr Dr. Fischer weist auf Bedenken aus Teilen der FDP-Fraktion hin, die eine Absenkung des Qualitätsstandards befürchten. Er bitte diesbezüglich die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Werden die 1,672 Mio Euro insoweit eingefroren, als dass bei einer verringerten Zahl von Anmeldungen, als Qualitätsverbesserungen verwandt werden. Es bestehen Zweifel daran, ob die prognostizierten Anmeldezahlen langfristig erreicht werden.
2. Ist der Platz für die erhöhte Zahl der Schüler überhaupt ausreichend?
3. Liegt inzwischen eine Zustimmung der Träger vor?
4. In Bezug auf den letzten Absatz zu Punkt 5.3.8 der alten Vorlage auf Seite 21 möchte Herr Dr. Fischer wissen, wie hoch die Mietkosten sind und ob diese in den gesamten Förderkosten eingeschlossen sind.
5. Gibt es ein Risiko bei der Rückzahlung für den Fall, dass die anvisierten Schülerzahlen nicht erreicht werden? Die Frage zielt auf eine Rückzahlungspflicht seitens der Stadt an das Land.

Herr Freese betont, dass die Beschlussempfehlung der alten Vorlage die Formulierung „grundsätzlich“ verwandte. Er schlägt nun aufgrund der neuen Vorlage vor, die Fragen zu sammeln und bis zur Ratssitzung am 14.12.2006 zu beantworten. Eine Entscheidung kann dann dort getroffen werden.

Herr Mumdey betont, dass die Verwaltung eine Beantwortung der Fragen so schnell wie möglich liefern wird, sodass in der Ratssitzung Klarheit herrscht.

Herr Dr. Kassner betont, dass in den vorangegangenen Sitzungen, die sich mit der Fragestellung befassen haben, das „Integrationspapier“ nicht verabschiedet worden ist. Sofern dieses Jahr allerdings noch Gelder für eine Förderung beantragt werden sollen, muss auch der Antrag noch dieses Jahr gestellt werden. Hierzu ist ebenfalls noch ein Beschluss in diesem Jahr erforderlich. Bisher sind noch nicht alle Schulen als Ganztageschulen ausgebaut worden. Das Geld sei allerdings schon ausgegeben. Herr Dr. Kassner befürchtet, dass nun bei einer Neubeantragung zuerst die alten Investitionen noch finanziert werden. Dies dürfe nicht sein. Er betont, dass das „Integrationspapier“ in seiner generellen Form so auf keinen Fall im Rat verabschiedet werden darf, sondern nur die notwendigen Punkte beschlossen werden sollen.

Herr Mumdey bestätigt, dass man sich darauf geeinigt hat, dass das Papier zunächst in das erste Quartal geschoben wird, allerdings lediglich die Ausbaufrage in der Dezembersitzung des Rates geklärt werden soll. Zudem widerspricht Herr Mumdey den Äußerungen insoweit, dass ihm zumindest von einer Schule bekannt ist, dass das bewilligte Geld dort noch nicht ausgegeben ist. Herr Dr. Kassner bittet diesbezüglich um eine verlässliche, genaue Aussage bis zur Ratssitzung im Dezember.

Herr Hastrich nimmt in den Reihen der Verwaltung platz, um die offenen Fragen direkt zu beantworten. Zu den Fragen von Herrn Dr. Fischer nimmt er wie folgt Stellung:

1. Es ist zutreffend, dass der Betrag weiterhin eingefrohren bleibt. Jetzt gilt es nur die Versorgungsquote zu beschließen und dem Rat und den Ausschüssen entsprechende Empfehlungen zu geben. Aus diesem Kontext heraus, wird erst entschieden, wie die im Rahmen des Korridors zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden.
2. Zur Frage der ausreichenden Platzzahl der 2.275 Schüler betont Herr Hastrich die Unterscheidung der Versorgungsquote zu den tatsächlichen Schülern. Man muss die Planung auf das Zieljahr 2015 langfristig betrachten. Zu berücksichtigen ist hierbei zum Einen die tatsächliche Inanspruchnahme durch die Eltern, zum Anderen die Bereitschaft der Schulen und der freien Träger entsprechende Plätze einzurichten und weiterhin die Möglichkeit an den jeweiligen Standorten, Räumlichkeiten für die Betreuung zu schaffen.
3. Eine Abstimmung mit den freien Trägern wird unter Berücksichtigung der neuen Förderrichtlinien in den nächsten Wochen und Monaten angegangen.
4. Bezüglich der Mietkosten wird auf die Haushaltsplanberatungen verwiesen. Die Frage, ob die Mietkosten in den ganzen Förderkosten eingeschlossen sind, wird verneint.
5. Bezüglich des Risikos einer Rückzahlung erläutert Herr Hastrich das derzeitige Spannungsverhältnis, zwischen der Rechtslage einerseits, die tatsächlich eine Rückforderung möglich machen würde und andererseits den noch in der Beratung befindlichen Erlass des Landesministeriums der das Gegenteil bewirken würde. Weiterhin gibt es eine gemeinsame Position der kommunalen Spitzenverbände, die dieses Risiko gänzlich ausschließen würde. Wie das Risiko letztendlich bewertet wird, kann derzeit noch nicht gesagt werden.

Herr Hoffstadt merkt an, dass die SPD-Fraktion der alten Vorlage hätte zustimmen können, dies aber nun aufgrund der neuen Beschlussvorlage und noch notwendigen Beratungen aufgrund der Vorschläge einiger freier Träger nicht möglich ist.

Herr Mömkes schließt sich diesen Ausführungen an.

Herr Freese betont, dass eine solch kurzfristige Vorlage seitens der Verwaltung noch erheblichen Lese- und Beratungsbedarf nach sich zieht.

Herr Ziffus begrüßt die Absicht des Ausschusses, die Entscheidung in den Rat zu schieben. Herr Hastrich bestätigt, dass die geänderte Vorlage allen Ratsmitgliedern zugesandt wird.

Der Ausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden abweichenden **Beschluss:**

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss nimmt den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Kenntnis und verweist ihn zur weiteren Behandlung insbesondere hinsichtlich der unabdingbar zu fassen Beschlüsse mit finanziellen Auswirkungen in den Rat.

9

<-@

Kürzung der Betriebskostenförderung für die Kindertagesstätte "Bollerwagen" in Refrath

@->

Herr Waldschmidt schlägt vor, den Tagesordnungspunkt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen mit zu beraten und somit in den Rat zu schieben. Herr Dr. Kassner verweist auf die Formulierung auf Seite 24 unten der Einladung „Die Fraktionsvertreter haben entsprechende Vorschläge angekündigt.“ Die Verwaltung hatte hier zugesagt zu prüfen, wo das Geld hergenommen werden könnte. Herr Mumdey stellt klar, dass die Verwaltung erklärt hat, dass der Korridor bereits mit 162.000 € im Minus ist. Sie sieht sich außer Stande, weitere Vorschläge mit Deckungsvorschlägen zu belegen, die noch auf diesen Betrag aufgesattelt werden. Vielmehr wollten hier die Fraktionsvertreterinnen/-vertreter Deckungsvorschläge suchen.

Herr Dr. Fischer gibt zu Bedenken, dass die Kindertagesstätte „Bollerwagen“ in Planungsschwierigkeiten kommen könnte, wenn hier kein Beschluss erfolge. Herr Hastrich stellt klar, dass nicht der Träger in Schwierigkeiten kommt, sondern der städtische Haushalt.

Derzeit kann die Verwaltung von dem Träger keine Zahlung verlangen, da sie nicht weiß, wie sich der politische Wille bezüglich einer evtl. Sanktion oder einer Änderung der Richtlinien darstellt. Dies hat zur Folge, dass die Einsparungen, die im Rahmen des HSKs vorgesehen sind, nicht zu dem vorgesehenen Zeitpunkt greifen kann, sondern allenfalls zum Beginn des Kindergartenjahres 2007/2008. So fallen auf jeden Fall Mehrkosten im Jahr 2007 gegenüber dem beschlossenen HSK 2003 an. Die 44.000 € aus der Vorlage entstehen daraus, dass nicht nur die Kindertagesstätte Bollerwagen von dieser Änderung betroffen sein wird, sondern noch drei weitere Einrichtungen, die jetzt wieder günstiger gestellt werden.

Herr Mumdey stellt noch einmal klar, dass sich der Träger darauf einstellen muss, mit 3% zu rechnen. Die 44.000 € betreffen hingegen die Richtlinien.

Der Ausschuss fasst inhaltlich keinen Beschluss, sondern empfiehlt dem Rat, die Angelegenheit im Rahmen der Haushaltsplanberatungen mit zu behandeln.

<-@

@->

<-@

10

Änderung der Richtlinien für die Benutzung von Räumlichkeiten in den Schulgebäuden sowie für die Inanspruchnahme der städtischen Sportstätten (Benutzungsrichtlinien)

@->

Herr Freese verweist auf die Beratung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, vom 28.11.2006, der der Beschlussfassung einstimmig gefolgt ist.

Herr Dr. Kassner fragt in Bezug auf die Benutzungsentgelte an, ob diese Regelungen auch für das Schwimmbad in der Schule „Mohnweg“ gilt.

Herr Mumdey verweist auf einen Zusatzbeschluss des ABKSS, betreffend der Schulhallenbenutzung auch Richtlinien für Schwimmbäder, inklusive des Schwimmbades Mohnweg zu entwerfen und in der nächsten Sitzung vorstellen.

Daraufhin fasst der Ausschuss einstimmig folgenden **Beschluss:**

<-@

@->

Die zum 01.01.2003 in Kraft getretenen „Richtlinien für die Benutzung der Räumlichkeiten in den Schulgebäuden sowie für die Inanspruchnahme der städtischen Sportstätten“ werden in Punkt 2.3 a) entsprechend der Darstellung in der Vorlage geändert.

<-@
11 Neues Konzept Bücherei Bensberg

@-> Herr Freese verweist auf die Beratung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, der dem Beschlussvorschlag bezüglich der dargestellten Ansätze der Alternative 2 (Progymnasium) einstimmig gefolgt ist.
Der Ausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss:**

<-@
@-> Zur abschließenden Neukonzeptionierung einer Bücherei in Bensberg wird aus den in der Vorlage dargestellten Ansätzen die Alternative 2 (*Progymnasium*) beschlossen.
Dieser Beschluss erfolgt vorbehaltlich der eventuellen Zustimmung der Kommunalaufsicht sowie der Sicherstellung der Finanzierung im Haushalt des Jahres 2007.

<-@
12 Generalsanierung des Hauptgebäudes des Schul- und Sportzentrums Saaler Mühle

@-> Herr Freese begrüßt Frau Müller-Veit als Fachbereichsleiterin für den Fachbereich 6. Herr Ziffus betont, dass es hier um eine Generalsanierung einer Schule geht, die viel jüngeren Baudatums ist, als beispielsweise das Dietrich-Bonhoeffer Gymnasium in Heidkamp, welchem diese Kosten für eine vollständige Generalsanierung noch nicht zugesprochen wurden. Er bittet diesbezüglich um eine Erklärung.
Frau Müller-Veit erläutert, dass es bedingt durch eine steigende Nachfrage in den 70er Jahren zu einer erhöhten Bautätigkeit bei den weiterführenden Schulen kam. Sie räumt ein, dass das DBG erhebliche Probleme in Bezug auf die Instandhaltung hat, diese allerdings aufgrund der Massivbauweise nicht so gravierend sind wie im Schulzentrum Saaler Mühle, welches in einer Leichtbauweise erbaut wurde. Man hat damals zu schnell, zu leichtfertig gebaut. Mit diesen Folgen müsse man heute leider leben.
Der Ausschuss fasst daraufhin folgenden einstimmigen **Beschluss:**

<-@
@-> Der abschnittswisen Generalsanierung des Hauptgebäudes des Schulzentrums Saaler Mühle wird –vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung- zugestimmt.

<-@
13 Dietrich-Bonhoeffer Gymnasium Sanierung der alten Turnhalle

@-> Der Ausschuss fasst einstimmig mit einer Enthaltung aus den Reihen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss:**

<-@
@-> Der Sanierung der alten Turnhalle des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums wird - vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung – zugestimmt.

<-@
14 Vergnügungssteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Herr Dr. Fischer fragt an, was gegen eine Anhebung der Sätze spreche. Herr Mumdey erläutert, dass sich die Höhe der Sätze an den Empfehlungen des Städte- und Gemeindebundes orientieren und diese für die Stadt Bergisch Gladbach sogar etwas über den Empfehlungen liegen. Es galt auf jeden Fall zu vermeiden, dass die Satzung durch zu hohe Sätze rechtswidrig werde. Daraufhin fasst der Ausschuss mehrheitlich mit drei Gegenstimmen aus den Reihen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDinitiative folgenden

Beschluss:

<-@
@-> Der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

Die Vorlage beinhaltet:

1. die Änderung des § 8 der Vergnügungssteuersatzung vom 12.12.2002 rückwirkend ab 01.01.2003
2. die Änderung der Vergnügungssteuersatzung ab 01.01.2007

<-@
15 Anpassung der Betriebssatzung der Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" an die neue Eigenbetriebsverordnung, Bildung von Stammkapital

@-> Herr Martmann erläutert auf Nachfrage von Herrn Dr. Kassner, dass die Rücklagemittel aus der Rücklage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung des Fachbereichs 8 stammt. Der Ausschuss fasst daraufhin einstimmig mit einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion BfBB folgenden **Beschluss:**

<-@
@-> Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Änderung der Betriebssatzung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ in der nachstehend beschriebenen Form.

<-@
16 Wirtschaftsplan 2007 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"

@-> Herr Martmann stellt klar, dass die Vorlage lediglich zur Kenntnis genommen werden soll. Eine Vorlage ist notwendig, vor dem Hintergrund, dass in der Folge der Tagesordnung ja noch die Prioritätenliste beschlossen werden soll, worin wesentliche Teile den Fachbereich 8 betreffen. Es ist geplant, dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss, den Wirtschaftsplan in leicht veränderter Form, zusammen mit den anderen Wirtschaftsplänen, in seiner Sitzung am 14.02.2007 erneut vorzulegen.

Herr Waldschmidt weist auf die erheblichen Probleme im sozialen Wohnungsbau hin und betont, dass die Stadt von dem seinerzeit gefassten Beschluss jährlich 100 Sozialwohnungen zu schaffen, entfernt ist. Einerseits müsste hier ein Signal gesetzt werden, andererseits fehlen tatsächlich Grundstücke, auf denen gebaut werden könnte. Er weist darauf hin, dass die SPD Fraktion sich in dieser Hinsicht auch in die Haushaltsplanberatungen einbringen wird und entsprechende Vorschläge unterbreiten wird.

Der Ausschuss nimmt daraufhin die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

@->

<-@

17 Prioritätenliste 2007

@-> Herr Muth gibt einige Änderungen zu der vorliegenden Liste bekannt. Herr Freese schlägt vor, dass eine komplett neu überarbeitete Liste in der Ratssitzung vorgelegt werde und dort neu beraten werden soll.

Herr Dr. Kassner stimmt einer Verschiebung des Beschlusses zu und meldet noch Beratungsbedarf der CDU-Fraktion an.

Der Ausschuss fasst daraufhin folgenden **Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag wird in den Rat verschoben und die Änderungen werden den Fraktionen am Montag, den 11.12.2006 zugestellt.

<-@

18 Strategische Zielsteuerung

@-> Herr Freese schlägt vor, die Beschlussvorlage lediglich zur Kenntnis zu nehmen und im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu behandeln. Herr Dr. Fischer verweist auf ein Schreiben, dass er den Fraktionen zugesandt hat und bittet um entsprechende Behandlung.

Es wird wie vorgeschlagen verfahren.

<-@

@->

<-@

19 Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2006

@-> Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

19 Über- und ausserplanmäßige Ausgaben 2006

@-> Herr Ziffus merkt an, dass eigentlich die Mehrausgaben im Rahmen der Parkgebühren durch Mehreinnahmen bei den Parkgebühren hätten gedeckt werden sollen. Seiner Ansicht nach kommt es nicht auf die Attraktivität der Parkplätze an, sondern auf die Ziele in der Innenstadt. Hierüber solle man sich einmal Gedanken machen. Die Lage der Parkplätze sollte nicht das primäre Ziel einer solchen Gestaltung sein.

Herr Martmann betont die Wichtigkeit attraktiver Parkplätze in der Innenstadt. Natürlich hat die Stadt auch erhebliche Mehreinnahmen aus dem gesamten

Parkplatzbudget in der Stadt, dennoch müsste hier eine Gegenposition zu den Ausgaben durch den geschlossenen Vertrag aufgebaut werden.

Herr Dr. Fischer fragt, ob zu erkennen ist, ob sich die Einnahmen über dem ursprünglich geplanten Ansatz bewegen. Herr Martmann erklärt, dass dies nur stadtübergreifend betrachtet werden kann. Die Einnahmen bleiben hinter dem Ansatz in 2006 zurück, was aber unterschiedliche Gründe hat.

Zum Einen ist die Reaktion auf Preisanhebungen zu berücksichtigen, die vor allem durch die Anhebung der Parkplätze im Bergischen Löwen begründet ist. Zum Anderen räumt er Anlaufschwierigkeiten bei den neuen Parkautomaten ein und verweist auf Krankheitsvertretungen innerhalb des Fachbereichs. Insgesamt aber kommt man bei der Erreichung des Ansatzes an seine Grenzen. Weiter an dieser Stellschraube zu drehen, sei aus ökonomischen Gründen nicht sinnvoll.

Herr Mumdey bestätigt die Ausführungen von Herrn Martmann, verweist aber auch auf die Position zu Verwarnungsgeldern/ Bußgeldern, die ebenfalls hinter den Ansätzen zurückbleibt.

Der Ausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der überplanmäßigen Ausgabe des Haushaltsjahres 2006 in Höhe von 49.218,00 € wird gemäß § 82 Abs. 1 GO NW erteilt.

<-@

20 Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Es liegen keine Anfragen vor.

Herr Freese schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@

Jürgen Mumdey
Stadtkämmerer, VV I

Klaus Peter Freese
Vorsitzender

Frank Bodengesser
Schriftführer